

Am Sonntag vor dem Beschluss des „Leitsatzgesetzes“ im Juni 1948 bestellte General Lucius Clay, der Chef der amerikanischen Militärverwaltung, den damaligen Leiter der bizonalen Wirtschaftsverwaltung zu sich: „Professor Erhard, alle meine Berater sagen mir, dass Sie im Begriff sind, einen großen Fehler zu begehen!“ – „Dasselbe sagen meine Berater“, soll Ludwig Erhard gelassen geantwortet haben. Mit dem Gesetz wurde ein Großteil der Güterpreise

FORUM

in Westdeutschland von der zentralen Bewirtschaftung befreit. Gemeinsam mit der Währungsreform leitete es die Rückkehr zur Marktwirtschaft ein. Aber war es wirklich eine einsame Entscheidung des legendären Wirtschaftsministers Ludwig Erhard, wie es die Anekdote glauben macht, die vor allem von ihm selbst verbreitet wurde?

Nach heutiger Kenntnis ging das Gesetz ganz im Gegenteil erheblich auf fachwissenschaftliche Expertise zurück: Der Entwurf zum „Leitsatzgesetz“ beruhte auf den Überlegungen des habilitierten Ökonomen Leonhard Miksch – das weist sein jüngst aufgetauchtes Tagebuch zweifelsfrei nach. Miksch arbeitete damals als Abteilungsleiter in der Verwaltung für Wirtschaft. Er gehörte zum engsten Kreis der „Freiburger Schule“ um Walter Eucken, dessen Ideen den Befürwortern der Sozialen Marktwirtschaft

das theoretische Rüstzeug lieferten. Gerade das Zusammenspiel von wirtschaftspolitischer Überzeugung und wirtschaftstheoretischer Kenntnis machte den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft der 1950er Jahre aus – es war also das Gegenteil eines intuitiven Alleingangs des „Vaters des Wirtschaftswunders“.

Eigentlich hatten die Befürworter der zentralen Güterbewirtschaftung damals leichtes Spiel: Die Nahrungsmittelknappheit, die blühenden Schwarzmärkte und die hohe Arbeitslosigkeit ließen eine bürokratische Warenverteilung alternativlos erscheinen. Selbst viele Ökonomen und Politiker, die von der Marktwirtschaft prinzipiell überzeugt waren, vertraten in dieser Zeit planwirtschaftliche Positionen und betrachteten das Staatseigentum in den Schlüsselindustrien als zweckmäßig. Doch mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 sahen einige entschlossene Liberale die Gelegenheit gekommen, zu marktwirtschaftlichen Prinzipien und freier Preisbildung zurückzukehren. Kritiker befürchteten dagegen, dass die freien Marktpreise angesichts des knappen Güterangebots rasant steigen würden, was bei konstanten Löhnen

Ludwig Erhard hatte Helfer

Ein jüngst aufgetauchtes Tagebuch zeigt: Das „Leitsatzgesetz“, das vor 60 Jahren die Marktwirtschaft zurückbrachte, entsprang nicht dem Genius des Ministers, sondern dem Sachverstand eines Abteilungsleiters / Von Nils Goldschmidt und Jan-Otmar Hesse

und hoher Arbeitslosigkeit die politische Stabilität des Landes gefährde.

Es war die zentrale Aufgabe Leonhard Mikschs, diese berechtigten Befürchtungen bei der Abfassung eines Gesetzentwurfes zu berücksichtigen, mit dem Lud-

wig Erhard ihn betraute. Am 24. Mai 1948 legte Miksch einen Entwurf vor, der dann von den Abteilungsleitern der Verwaltung für Wirtschaft diskutiert wurde. Die Regeln für die Preisfreigabe wurden in den folgenden Tagen so geschickt

umformuliert, dass „die Ignoranten im Wirtschaftsrat glauben, wir wollten nichts anderes als die Verlängerung der Planwirtschaft“, wie Miksch in seinem Tagebuch schreibt. Die Redaktion übernahm aber zu seinem Bedauern nicht er selbst, sondern Edmund Kaufmann, der stellvertretende Direktor der Verwaltung für Wirtschaft. Miksch steuerte eine Präambel bei, die unter anderem darauf hinwies, dass „die Auflockerung des staatlichen Warenverteilungs- und Preisfestsetzungssystems ... ihre Grenze dort (findet), wo es darauf ankommt, den Schutz des wirtschaftlich Schwächeren zu gewährleisten“. Aber grundsätzlich bekam die Freigabe der Preise Vorrang vor der Bewirtschaftung. Und es ist dieser Leitsatz, an dem die ordnungspolitische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland festgemacht wird.

Es behrnt nicht einer gewissen Ironie (wie der Wirtschaftshistoriker Gerold Ambrosius einmal bemerkte), dass der Sozialdemokrat Miksch mit dem „Leitsatzgesetz“ entscheidend das spätere Wirtschaftsprogramm der Union beeinflusste – und dass ausgerechnet der christdemokratische Beamte Edmund

Kaufmann die Vorlage planwirtschaftlich modifizierte und einer Festlegung von Höchstpreisen gegen den „Missbrauch von Knappheit“ das Wort redete: Weil er in seiner Eitelkeit gekränkt gewesen sei – so schreibt Miksch am 5. August 1948 im Tagebuch – habe er den von Kaufmann überarbeiteten Entwurf nicht mehr durchgesehen. Und so kam es, dass „der Missbrauch der Knappheit darin als zu verfolgender Tatbestand aufgeführt wird, was ein völliger Unsinn ist, da die Preisfreigabe nur bezwecken kann, die Knappheit im Preis zum Ausdruck kommen zu lassen.“

Doch bereits Miksch zweifelte, ob die Prinzipien der Marktwirtschaft der Bevölkerung und den Politikern zu vermitteln seien. Als die Eierpreise nach der Preisvergabe stiegen und öffentliche Enttäuschung aufkam, notierte er: „Seit die Preise freigegeben sind, könnte man glauben, die deutsche Bevölkerung habe vorher nur von Eiern gelebt.“

Mit seinem Plädoyer für wirtschaftspolitischen Sachverstand, der nicht auf das Charisma einzelner Politiker angewiesen ist, klingt Miksch erstaunlich aktuell: „Tatsache ist, dass es in allen europäischen Ländern eine breite Schicht von Funktionären gibt, die die Marktwirtschaft nicht mehr versteht und nicht verstehen will. Darin und in nichts anderem liegt das eigentliche Problem. Ob es gelingt, mit dieser Gesellschaft fertig zu werden, ist für die Zukunft der abendländischen Kultur, der persönlichen Freiheit entscheidend.“



Nils Goldschmidt vertritt eine Professur für Sozialpolitik an der Universität der Bundeswehr München.



Jan-Otmar Hesse ist Lehrstuhlvertreter für Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Göttingen. Fotos: oh